

# Sozialdemokratische Antworten auf globale Herausforderungen

## I. Ziele und Perspektiven unserer solidarischen Grundhaltung.

### Ein gutes Leben für alle.

Wir Sozialdemokrat\*innen setzen uns für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben über nationale Grenzen hinweg ein. Wir streben eine **sozial und ökonomisch gerechte Welt** an, in der jeder Mensch ein gutes und selbstbestimmtes Leben führt, in dem seine Grundbedürfnisse befriedigt sind und er respektvoll mit seinen Mitmenschen und der Umwelt umgeht. Mit der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, in der die drei Aspekte der Nachhaltigkeit – die soziale, die ökologische und die wirtschaftliche Komponente – verankert sind, hat sich die internationale Staatengemeinschaft auf einen gemeinsamen Wegweiser in die Zukunft verständigt.

Wir sehen, dass uns das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seiner Logik eines ständigen Wachstums dem Ziel, eines **guten Lebens für alle Menschen**, nicht näherbringt sondern im Gegenteil unseren Lebensraum ruiniert und Wirtschaft nur als Mittel zum Zweck für wenige Besitzende begreift. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich nehmen weiterhin zu. Unterdrückung und Ausbeutung, Hunger und Mangelernährung, fehlender Zugang zu sauberem Wasser, zu medizinischer beziehungsweise zu psychotherapeutischer Versorgung und zu Bildungseinrichtungen sowie Demokratiedefizite und (mitunter schwere) Menschenrechtsverletzungen sind nur einige Merkmale menschenunwürdiger Lebensbedingungen, die viel zu viele ertragen müssen.

Wir verwehren uns gegen die verbreitete Ansicht, dass „Entwicklung“ in einer bloßen Übernahme eines westlichen Lebensstils besteht. Viel mehr fordern wir eine **grundlegende Umverteilung von Ressourcen und Reichtum** sowohl innerhalb als auch zwischen Staaten. Wir stellen im Dialog mit Erkenntnissen einer kritischen Globalisierungs- und Entwicklungsforschung und in Einklang mit den 2015 von der UNO verabschiedeten Sustainable Development Goals die gängige Vorstellung von „Entwicklung“ in Frage. Aus sozialdemokratischer Perspektive geht es nicht allein darum, ärmere Länder und Regionen paternalistisch am „Wachstum“ der kapitalistischen Wirtschaft des Globalen Nordens teilhaben zu lassen. Wir setzen uns für gerechte und solidarische Strukturen der Politik und der globalen Wirtschaft ein, die allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen und wechselseitige Lernprozesse in Gang setzen.

### Wir stehen vor globalen Herausforderungen.

**Weltweite Herausforderungen** wie Klimaüberhitzung, Wirtschaftskrisen, Gesundheitskrisen und zu schwache Regierungsstrukturen brauchen globale und sozial wie ökonomisch und ökologisch zukunftsfähige Antworten. Dazu zählen eine nachhaltige und gerechte Ressourcenverteilung, regional selbstbestimmte Landwirtschaft sowie umfassender Umweltschutz auf hohem Niveau. Das weltweite Einhalten der Menschenrechte, die Förderung von Demokratie und die Umsetzung von Rechtsstaatlichkeit haben in jedem Politikansatz eine zentrale Rolle.

Politisches Handeln muss auf eine Veränderung der globalen Rahmenbedingungen unter anderem mit dem **Ziel beständigen Friedens** ausgerichtet sein. Politisch und wirtschaftlich aufstrebenden Staaten, die international wie regional zu einflussreichen Akteur\*innen geworden sind, versuchen zunehmend ihren Einfluss mittels militärischer oder kommunikationstechnischer Instrumente durchzusetzen. Zur Beendigung oder Abschwächung wirtschaftlicher und machtpolitischer Konflikte gilt es, allen Staaten in

internationalen Verhandlungen und bei der Schaffung von Instrumenten der global governance gleichberechtigt Raum zu schaffen.

Die **Umwelt- und Klimakrise** ist eine der größten globalen Herausforderungen. Während ein Übermaß an Treibhausgasen zuerst vor allem vom globalen Norden, mittlerweile aber auch von manchen Schwellenländern überproportional ausgestoßen wird, leiden vor allem ärmere Länder und dort wiederum arme Menschen ganz besonders unter den Auswirkungen der globalen Erhitzung. Verwüstung von ehemals fruchtbaren Flächen, fortschreitende Erosion und damit einhergehend Landverluste, unverlässliche Vegetationsperioden und vermehrte extreme Wetterereignisse verschlechtern die Lebensgrundlagen massiv. In manchen Inselstaaten steht den Menschen das Wasser sprichwörtlich bis zum Hals. Ohne globale Anstrengungen zur massiven und schnellen **Reduktion von klimaschädlichen Treibhausgasen** sehen wir uns einen unumkehrbaren Trend ausgesetzt, der die Erde zusehends weniger bewohnbar machen wird. Während sich reiche Gesellschaften mit Technologien zu Klimaanpassungsmaßnahmen behelfen werden können, werden die armen Länder auf der Strecke bleiben. Viele Arme werden keine menschenwürdigen Lebensbedingungen in ihren Ländern vorfinden und sind gezwungen, sicherere Gegenden aufzusuchen. Jede entwicklungspolitische Maßnahme muss daher auf mögliche Risiken für Umwelt und Klima Rücksicht nehmen. Aus Maßnahmen, welche zum Beispiel nicht den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen forcieren, hat sich die öffentliche Hand zurückzuziehen. Dies gilt besonders für Großprojekte der Internationalen Finanzinstitute. Die Erhaltung von umfassender und reichhaltiger **Biodiversität** kann als Schlüssel für neue ganzheitliche Ansätze und ein gesünderes Leben aller Menschen dienen.

Mit der Agenda 2030 hat die internationale Staatengemeinschaft 17 nachhaltige Entwicklungsziele beschlossen: die **Sustainable Development Goals** (SDGs). Soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit bildet das Fundament der Agenda, die für alle Staaten der Welt gilt. Wir erkennen an, dass die internationale Staatengemeinschaft die Agenda als Kompass für die gemeinsame Zukunft ansieht, sehen jedoch das in der Agenda 2030 enthaltene Wachstumsparadigma sowie die fehlenden Aktivitäten zur Umsetzung der „normative Shifts“, die das Ändern des Wirtschaftssystems bedingen würden, kritisch.

Die Bedeutung der Agenda 2030 geht weit über die Entwicklungspolitik hinaus. Die Mitgliedsstaaten der UNO verpflichteten sich zur Umsetzung der Ziele auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene. Damit gehen wir eine **Verpflichtung zur nachhaltigen Entwicklung** unserer eigenen Gesellschaft als auch zur nachhaltigen Gestaltung internationaler Zusammenarbeit ein. Die politisch wie gesellschaftlich Verantwortlichen in Österreich haben diese Verpflichtung bis heute nicht effizient umgesetzt.

## **Wir wollen globale Gerechtigkeit schaffen.**

Es geht uns um das Schaffen einer neuen, gerechten Welt- und Wirtschaftsordnung, die die Kluft zwischen Arm und Reich dauerhaft verringert und damit zur Sicherheit im nationalen und globalen Rahmen beiträgt. Diese Kluft besteht nicht nur zwischen sondern auch innerhalb der einzelnen Länder. Wir stehen für **Verteilungsgerechtigkeit**, für den Kampf gegen Machtmissbrauch und Korruption. Dafür ist die Garantie aller Grund- und Menschenrechte unabdingbare Voraussetzung. Niemand darf aufgrund von Geschlecht, Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit, Weltanschauung, sexueller Orientierung, Alter, Hautfarbe oder sonstigem Status diskriminiert werden.

## **II. Wir setzen uns für einen wieder erstarkten Multilateralismus ein.**

Österreichs Mitarbeit an einer **neuen globalen Ordnung** soll im Rahmen von Einrichtungen der EU und der relevanten internationalen und regionalen Organisationen wie der UNO und ihrer Spezialorganisationen, der OECD und anderer erfolgen. Deren Funktionsfähigkeit unter

Beachtung selbstbestimmter Teilhabe und demokratischer Entscheidungsprozesse, sowie das Agieren auf Grundlage der Menschenrechte sind zentrale Anliegen sozialdemokratischer Politik.

Da Entwicklungspolitik eine **Querschnittsmaterie** ist und viele Politikbereiche wie z.B. Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Energie- und Agrarpolitik für sie von höchster Relevanz sind, ist sicherzustellen, dass die Politikbereiche auf unterschiedlichen Ebenen (EU, Bund, Länder, Gemeinden) gut **koordiniert** sind und **kohärent** sowie nachhaltig entwicklungsrelevante Ziele fördern. Imperiales politisches Handeln muss beendet werden.

Das Funktionieren der internationalen Organisationen ist für die österreichische Entwicklungspolitik von großer Bedeutung. Dafür sind die **aktive inhaltliche Mitarbeit** in den und die **ausreichenden finanziellen Mittel** für die entsprechenden internationalen Institutionen Voraussetzungen. Ziel ist, in möglichst vielen und für Österreich relevanten Bereichen die Politikformulierung von EU, UNO, OECD und den internationalen Finanzinstitutionen (wie z.B. Weltbankgruppe und Währungsfonds) mitzugestalten. Dafür ist in Österreich eine Bündelung aller einschlägigen Kapazitäten aus NGOs, Parlament, Wissenschaft und Regierung notwendig. Auch regionale und globale Player (wie die Bewegung der Blockfreien, die G77, ASEAN oder anderen) können wichtige Kooperationspartner\*innen sein.

Bei der Wahrung, Durchsetzung und Wiederherstellung der **Grundsätze des Völkerrechts** kommt der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere der UNO und dem UN-Sicherheitsrat, eine entscheidende Bedeutung zu. Imperiale und Großmachtinteressen müssen zugunsten globaler Partnerschaft zurückgedrängt werden. Die UN-Menschenrechtspakte aus den 1960er Jahren global umzusetzen ist ebenso wichtig wie das Recht auf Entwicklung; sie alle sind eine wichtige Basis für die selbstbestimmte, emanzipatorische und freie Entwicklung aller Menschen. Darüber hinaus setzen wir uns für die Ratifizierung und Einhaltung der Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ein.

Wir Sozialdemokrat\*innen erteilen **bewaffneten Auseinandersetzungen, Terrorismus und Gewalt eine klare Absage** und setzen uns für eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik ein. Eine Beteiligung Österreichs und des österreichischen Bundesheeres darf nur im Rahmen von Aktionen erfolgen, die vom UN-Sicherheitsrat genehmigt wurden. Wir stehen für eine radikale Verringerung der weltweiten Rüstungsausgaben und für eine Verwendung des Geldes für soziale Sicherungssysteme.

Wir beobachten vermehrt, dass **multilaterale Prozesse** wenig oder nur langsam Fortschritte machen. Neben den angestrebten Reformen der multilateralen Institutionen fordern wir alle Verantwortlichen in Österreich auf, die Initiative zu ergreifen und sich im Verband mit gleichgesinnten Staaten für den Schutz der Menschenrechte einzusetzen und die vorhandene Expertise für die internationale Zusammenarbeit anzubieten. Bei der Durchsetzung des Völkerrechts muss wesentlich mehr Augenmerk auf Prävention von Menschenrechtsverletzungen gelegt werden; dies wird zwar in vielen relevanten Dokumenten erwähnt, aber selten je durchgesetzt.

### **III. Wir folgen den klaren Prinzipien der internationalen Solidarität.**

#### **So muss Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik aussehen**

**Politikkohärenz** im Interesse von nachhaltiger Entwicklung vereint alle Politiken eines Landes unter wohl durchdachten und abgestimmten Leitlinien. So darf es nicht passieren, dass die entwicklungspolitischen Anstrengungen eines Ressorts, durch die Aktivitäten eines anderen zunichte gemacht werden. Dafür sind sowohl die enge Abstimmung aller Akteur\*innen als auch die richtigen Instrumente zur Erlangung von Politikkohärenz notwendig. Eine **gesamtösterreichische entwicklungspolitische Strategie** soll hier klare

Vorgaben machen und Aktivitäten der Bundesministerien, der Bundesländer und anderer wichtiger Stakeholder abstimmen.

Wir wollen, dass alle entwicklungspolitischen Kompetenzen in einem **Ministerium für Entwicklungspolitik** gebündelt werden. Es muss auch eine Koordinierungskompetenz für die entwicklungspolitischen Gesamtausgaben im Ausmaß von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bekommen. Ein interministerielles Gremium muss sich regelmäßig über entwicklungspolitische Zielsetzungen und deren Umsetzung abstimmen. Darüber hinaus müssen entwicklungsrelevante Budgetteile gesetzlich verankert werden, damit sie keine Ermessensausgaben mehr sind.

In wissenschaftlichen Studien und (internationalen) Evaluierungen haben Fachleute der **österreichischen Entwicklungszusammenarbeit** (OEZA) wertvolle Verbesserungsvorschläge unterbreitet, wie einerseits die Struktur der OEZA und andererseits die Vorgehensweise in Österreich verbessert werden kann. Diese sollen umgesetzt werden. Stellen im entwicklungspolitischen Bereich sollen vermehrt mit Fachkräften statt ausschließlich mit Diplomaten besetzt werden.

Wichtig für das Erreichen der Politikkohärenz ist die Etablierung starker und handlungsfähiger Instrumente, mit denen bei konkurrierenden Interessen **Entscheidungen für nachhaltige Entwicklung** getroffen werden können. Daher ist das Führen eines offenen entwicklungspolitischen Dialogs, sowie das Bündeln der Kräfte in der Zivilgesellschaft für eine starke Entwicklungspolitik in Österreich von großer Bedeutung.

Wir treten daher für einen umfassenden und ständigen **entwicklungspolitischen Dialog** in Österreich auf allen Ebenen ein. Ergänzend soll ein **entwicklungspolitischen Rat** zur Beratung des Entwicklungsministeriums aus den Bereichen Verwaltung, Parlament, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft geschaffen werden. Dieser ist staatlich finanziert, agiert unabhängig, kann eigene Vorschläge ausarbeiten und diese direkt in den Entscheidungsprozess einbringen. Die Vorschläge bzw. die Kritik des Forums an Regierungsvorlagen und Regierungsprogrammen müssen berücksichtigt werden.

Zusätzlich muss die gesetzliche Bestimmung, dass der Bund die Ziele und Prinzipien der Entwicklungspolitik bei den von ihm verfolgten entwicklungsrelevanten Politikbereichen zu berücksichtigen hat, in die Praxis umgesetzt werden. Zu diesem Zweck sollte eine **entwicklungspolitische Folgenabschätzung** für jedes neue Gesetzesvorhaben durchgeführt und die Ziele der budgetären Wirkungsorientierung angepasst werden. Darüber hinaus fordern wir, dass im **Vorblatt** der jeweiligen Gesetzesvorhaben ersichtlich werden soll, welches nachhaltige Entwicklungsziel es befördern soll bzw. welches es unterminieren könnte.

### **Zivilgesellschaft und Staat sind gleichberechtigte Akteur\*innen.**

Zivilgesellschaft und Staat müssen im globalen Norden wie im globalen Süden verantwortlich und gleichberechtigt kooperieren. In Österreich sind NGOs und Parlamente in die langfristige Planung und in die Programmierung der bilateralen und multilateralen OEZA einzubeziehen. Die Arbeit der NGOs ist durch **mehrjährige Finanzierungsprogramme** abzusichern, die in einer eigenen Budgetlinie auszuweisen sind. Ihr selbstbestimmter Auftritt in der Öffentlichkeit und freie Meinungsäußerung sind ein **wesentlicher Bestandteil des demokratischen Entscheidungsprozesses**. Fördermittel an NGOs müssen auch bei etwaigen regierungskritischen Beiträgen erhalten bleiben. Wir setzen uns für die Förderung der progressiven Zivilgesellschaft (NGOs, Gewerkschaften und andere) und starker Parlamente im globalen Süden ein. Dies stärkt das demokratische Bewusstsein und unterstützt die Realisierung der eigenen Rechte (Arbeitsrecht, Meinungsfreiheit, Mitbestimmung u.v.m.). Die Menschen werden dadurch ermächtigt, die sie bedrückenden Probleme selbst zu lösen. Dafür ist es notwendig die zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen vor Ort finanziell und logistisch zu unterstützen. Besonders wichtig ist der Kampf für menschenwürdige Arbeitsbedingungen und das Unterbinden von Landgrabbing.

## **Öffentliche Beschaffung nach sozialen und ökologischen Kriterien ausrichten.**

Die öffentliche Hand gibt in Österreich jährlich über 40 Milliarden Euro für Güter und Dienstleistungen aus. Ob Bekleidung, Genuss- und Lebensmittel, Computer oder Spielzeug - immer mehr davon kommt aus „Billiglohnländern“ und wird dort unter menschenverachtenden Bedingungen hergestellt. Die öffentliche Beschaffung von Bund, Ländern und Gemeinden soll **soziale und ökologische Kriterien** beim Einkauf nachweislich berücksichtigen. So kann sie Vorbild für Unternehmen und Konsument\*innen sein und weltweit aktiv zum Umweltschutz, zu besseren Arbeitsbedingungen und zur Armutsminderung beitragen. Wir Sozialdemokrat\*innen wollen bei allen unseren eigenen Veranstaltungen und Teilorganisationen darauf achten, Produkte des Fairen Handels zu verwenden und deren Verbreitung zu fördern.

## **Private Akteur\*innen und öffentliche Projekte müssen die Menschenrechte respektieren.**

**Soziale Verantwortung von Unternehmen** darf nicht als Marketinggag missbraucht werden. Kinder arbeiten auf Kakaoplantagen für unsere Schokolade, für das Steak aus Südamerika wird Regenwald gerodet und die seltenen Erden für unsere Smartphones werden unter menschenverachtenden Bedingungen abgebaut. Weltweit werden Arbeiter\*innen ausgebeutet, die Umwelt zerstört und CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre gestoßen. Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, sind bis jetzt nicht rechtsverbindlich. Ein **Lieferkettengesetz** würde eine rechtlich verbindliche Grundlage für eine soziale, menschenrechtskonforme und umweltgerechte Produktionsweise schaffen. Wir begrüßen und unterstützen fortschrittliche Initiativen auf EU- und UN-Ebene für verbindliche menschenrechtliche und ökologische Verantwortung.

Wir fordern, dass Unternehmen sich der Risiken für die Menschen in ihrer Lieferkette bewusstwerden und sinnvolle Maßnahmen setzen, diese Risiken zu vermeiden. Wir brauchen Transparenz und eine Kontrollbehörde mit einem zivilgesellschaftlichen Expert\*innenbeirat. Falls es trotzdem zu Menschenrechtsverletzungen in der Produktion kommen sollte, müssen diese behoben werden und **Entschädigungen** gezahlt werden. Dafür muss eine zivil- und strafrechtliche Grundlage geschaffen werden.

Verlässlich und unabhängig kontrollierte **Umweltzeichen und Gütesiegel des Fairen Handels**, sowie Multistakeholderinitiativen, die sich unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Arbeitsrechtsorganisationen für die Einhaltung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen einsetzen, müssen weiterhin als Leuchtturminitiativen anerkannt und entsprechend gefördert werden.

Wir stehen für ein umfassendes Konzept der Entwicklungspolitik, das auf alle österreichischen Beziehungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern ebenso wie auf Aktivitäten in Österreich anzuwenden ist. Programme und große Projekte von privaten Wirtschaftstreibern und öffentlichen Stellen im globalen Süden, wie Sportgroßveranstaltungen, sollen daher einer **entwicklungspolitischen Verträglichkeitsprüfung** unterzogen werden, die nach menschenrechtlichen und ökologischen Kriterien wertet. Für aus öffentlichen Mitteln geförderte Projekte ist eine solche Prüfung durch NGOs und Sozialpartner\*innen bindend vorzuschreiben. Außerdem soll eine faire lokale Wertschöpfung von solchen geförderten Projekten nachgewiesen werden müssen.

## **Entwicklungspolitik ins öffentliche Bewusstsein rücken.**

Aus sozialdemokratischer Sicht hat der Staat die Aufgabe, die Österreicher\*innen über globale Entwicklungen, die Verhältnisse in den Ländern des globalen Südens und die Auswirkungen des eigenen Handelns auf diese zu informieren. Dies geschieht durch Öffentlichkeits- und **Kampagnenarbeit** von NGOs und staatlichen Stellen. Einen wichtigen Beitrag zur **Informationsarbeit** leisten etwa Medien wie das SÜDWIND-Magazin und INDABA. Bildungsarbeit gestützt auf das Konzept „**Globales Lernen**“ ist unerlässlich. Es bringt Themen als Querschnittsaufgabe ein und unterstützt den Erwerb von Kompetenzen für ein Leben in der Weltgesellschaft.

### **Afrika als wichtiges Zentrum der OEZA.**

Die Entwicklungspolitik in Österreich ist aufgefordert, sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Regionen zu befassen, ganz besonders sind wir gefordert, uns mit unserem **Nachbarkontinent** Afrika auseinanderzusetzen.

### **Realitätsgerechte und intensive Berichterstattung vor allem zu Afrika ist erforderlich.**

Berichte über Afrika werden auch in den Qualitätsmedien seltener. Über die realen Entwicklungen in afrikanischen Ländern wird in den reichweitenstarken Medien kaum berichtet. Als Folge davon geht das **Afrikabild** weiter Kreise der Bevölkerung in Österreich und darüber hinaus nach wie vor nicht über die drei K hinaus – Krieg, Krise und Krankheit.

Wir halten eine qualitative globale Berichterstattung als wesentlich für ein weltoffenes Österreich. Gerade für die Beziehungen zu Afrika ist das eine unerlässliche Vorbedingung. Ein Element dafür ist die Einrichtung einer **ORF-Korrespondentenstelle für Sub-Sahara Afrika**, analog zu jener für Nordafrika und den arabischen Raum. Darüber hinaus sollte das österreichische Vertretungsnetz in Afrika (Botschaften, Konsulate, Kooperationsbüros und Außenhandelsstellen) allen österreichischen Journalisten für ihre Arbeit zur Verfügung stehen. Die ADA sollte das ausdrücklich für alle afrikanischen Länder fördern.

Statt fallweiser Kriseninformation sollte es eine regelmäßige, realitätsgerechte Berichterstattung geben, die den traditionellen Negativklischees für Afrika entgegenwirkt. Wir fordern daher von der ADA eine verstärkte **Förderung entsprechender journalistischer Aktivitäten** (Agenturen, Medien, Berichte) – nicht auf Schwerpunktländer beschränkt und nicht als Marketing für Projekte.

### **Kulturaustausch mit Afrika.**

Der kulturelle Austausch mit Afrika und allen seinen Ländern kann gerade in Österreich wesentlich zur Kenntnis und zu nachhaltigen Beziehungen führen. Dazu gehört nicht nur die sogenannte **Hochkultur**, sondern auch eine sehr breit gefasste **Alltagskultur**. Der Ansatz darf nicht nur museal rückblickend sein, sondern soll alle Formen der modernen künstlerischen Produktion einbeziehen und zwar in allen Bereichen der Musik, Literatur, der bildenden, darstellenden und angewandten Kunst.

Afrika soll in seiner gesellschaftlichen Vielfalt, seinem innovativen Potential und nicht zuletzt in seinem wachsenden urbanen Charakter und seiner sozialen Realität wahrgenommen werden. Die ADA soll ein **eigenes kulturelles Feld mit Afrika** aufbauen, auf dem sich beide Bereiche in allen Bereichen begegnen können.

Die **Rückstellung afrikanischer Kunstgüter** soll auf politischer Ebene aufgegriffen und mit größerem Nachdruck und zielgerichtet fortgesetzt werden (Provenienzforschung).

Gerade eine sozialdemokratische Perspektive auf die Beziehungen zwischen Afrika und Europa versteht unter „Kultur“ nicht unveränderliche Traditionen, sondern soziale Realitäten, die ein großes innovatives Potential aufweisen. Nicht Folklore oder Paternalismus, sondern

**internationale Solidarität und Kooperation mit demokratischen Kräften** sollten die Beziehungen der beiden Nachbarkontinente prägen.

### **Afrikanische Diaspora stärker einbeziehen.**

Gerade die afrikanische Diaspora kann wesentlich zu den kulturellen Kontakten und zu einem **qualifizierten Informationsaustausch in beide Richtungen** beitragen. Das sollte von österreichischer Seite genutzt und nachdrücklich gefördert werden. Damit sollte auch unsere österreichische **Wertschätzung** für diese Leistungen kommuniziert und öffentlich gemacht werden. Das gilt ebenso für die breit angelegte Tätigkeit der Diaspora bei der Unterstützung ihrer jeweiligen ‚community‘, den Überweisungen an ihre Familien und Heimatregionen, und der politischen Vernetzung weltweit, die nun auch als Faktor von der Afrikanischen Union anerkannt wird.

Vereine, Netzwerke und Einzelpersonen unterstützen ihre jeweilige „community“, organisieren sportliche und kulturelle Veranstaltungen und helfen neu in Österreich Angekommenen. Sie unterstützen mit ihren Überweisungen, die in Summe die offiziellen Gelder der Entwicklungszusammenarbeit bei weitem überschreiten, zahlreiche Personen in ihren Herkunftsregionen. Sie verdienen öffentliche Anerkennung und Unterstützung durch politische Entscheidungsträger\*innen. **Dialog und Zusammenarbeit** mit ihnen führen zu neuen Zugängen und Blickwinkeln auf Themen die sonst verborgen geblieben wären.

### **Asyl und Migration müssen auf Grundlage der Menschenrechte gestaltet sein.**

Naturkatastrophen, Konflikte, Klimaüberhitzung, und daraus folgende wirtschaftliche und politische Entwicklungen sowie Verfolgung zwingen Menschen in die Flucht und die unfreiwillige Migration. Diesen Menschen muss **Schutz und Hilfe** geboten werden. Das ist eine menschenrechtliche Pflicht. Eine kohärente Entwicklungspolitik kann zwar langfristig einen Beitrag zur Überwindung oben genannter Push Faktoren leisten, die Migrationsproblematik muss aber heute angegangen werden.

Österreich kann das nur gemeinsam mit Europa tun. Der verlässliche Schutz von politisch Verfolgten und von Migranten ist zu gewährleisten, wobei der **Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration der Vereinten Nationen** als inhaltliche Leitlinie gelten sollte und wir rufen dazu auf, dass Österreich diesen Pakt auch unterschreibt.

Entwicklungspolitik darf nicht als Mittel zur Flucht- und Migrationsabwehr missverstanden werden. Entwicklungsgelder als Druckmittel für politische Ziele, wie etwa Rückführungsabkommen, anzuwenden, ist eine problematische Maßnahme und hilft nicht jenen Menschen, die die Hilfe vor Ort am dringendsten benötigen. Der überwiegende Anteil an **Migration vollzieht sich innerhalb der Länder des globalen Südens.**

Immer mehr Menschen streben es an, in Ballungszentren zu leben. Daher sind aus entwicklungspolitischer Sicht auch die **städtischen Strukturen zu stärken**. Gleichzeitig müssen auch die ländlichen Strukturen im globalen Süden gestärkt werden, um Landflucht entgegenzuwirken und den **Lebensraum Land attraktiv zu gestalten**.

### **Die Gleichstellung der Geschlechter ist zentrale Aufgabe der Entwicklungspolitik.**

Aus sozialdemokratischer Sicht liegt der Schlüssel zur Gleichstellung in der **ökonomischen Unabhängigkeit der Frauen**, in der Möglichkeit, bezahlter Arbeit nachgehen zu können, im Zugang zu Entscheidungsprozessen und zu Ressourcen und in gleichen Bildungschancen, um tradierte Rollenmuster besser überwinden zu können. Die Zusammenarbeit mit qualifizierten Frauen-NGOs in Österreich und in den Partnerländern ist dabei essenziell. Die Gleichverteilung von Ressourcen hat üblicherweise zur Folge, dass Frauen weniger von jeder Art von Gewalt betroffen sind. **Wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche**

**Gleichstellung** ist somit eine wirksame Methode, dass Frauen frei von Gewalt leben können.

Es ist darauf zu achten, dass bei der Beurteilung förderungswürdiger Projekte die Gleichstellung der Geschlechter und der Schutz bzw. die Förderung von Frauen und Kindern im Vordergrund stehen. Projekte und Vorschläge müssen einen Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter leisten und ihre **Budgets geschlechtergerecht gestaltet** werden (Gender Budgeting). Bei allen Bemühungen im Bereich der Außen- und Entwicklungspolitik sind die Bedürfnisse von Frauen speziell anzusprechen und von Maßnahmen, die Männern helfen sich in deren neuen Rollen zurecht zu finden, zu begleiten.

#### **Humanitäre Hilfe nicht isoliert betrachten.**

Humanitäre Hilfe bei von Menschen verursachten Krisen oder Naturkatastrophen muss Teil eines globalen Politikansatzes sein. Dabei geht es in erster Linie um **rasche und effiziente Hilfe**, wofür die entsprechenden staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen eingesetzt werden. Humanitäre Hilfe darf aber nicht abgekoppelt von den Gegebenheiten der jeweiligen Region und nur punktuell geleistet werden. Wir sind der Ansicht, dass **langfristige Krisenprävention** unerlässlich ist und Katastrophen und deren Auswirkungen vermeiden oder lindern kann. Darüber hinaus ist Humanitäre Hilfe mit den Zielen und Maßnahmen der Entwicklungspolitik abzustimmen.

#### **IV. Wir statten die OEZA mit den notwendigen Mitteln aus.**

Sinnvolle internationale Zusammenarbeit erfordert den Einsatz ausreichender Mittel. Österreich muss Zusagen einhalten und daher in der nächsten Regierungsperiode zunächst den Durchschnitt der EU und in der Folge das **0,7% - Ziel** (gemessen am Bruttonationaleinkommen, BNE) erreichen. Dazu ist ein politisch akkordierter und mit finanziellen Zusagen ausgestatteter Pfad zu erstellen, wann die Etappenziele in Richtung 0,7% im Bereich der gestaltbaren OEZA erreicht sein sollen.

Die ADA ist ausdrücklich für die Verwaltung höherer Mittel der bilateralen Zusammenarbeit geschaffen worden. Das geplante Aufstocken der Mittel muss den **Schwerpunktländern und thematischen Schwerpunktsetzungen** zugutekommen und darf nicht zur vermeintlichen Migrationsabwehr missbraucht werden. Die Gebarung, Programmgestaltung und Implementierung muss transparent sein und darf der parlamentarischen Kontrolle nicht entzogen sein. Internationale Zusammenarbeit muss in Österreich so verankert sein, dass es ein **breites öffentliches Verständnis für entwicklungspolitische Zusammenhänge** gibt. Der Hetze gegen die internationale Zusammenarbeit durch rechtspopulistische Parteien treten wir entschieden entgegen.

#### **V. Wir verstehen nachhaltige Entwicklung umfassend.**

Die Finanztransaktionssteuer verhindert schädliche Spekulationen und ist, wie ein **gerechtes Steuersystem**, Einnahmequelle für die Bewältigung globaler Herausforderungen.

Der Umgang mit Krisen verlangt nach einer neuen internationalen Finanzmarktarchitektur mit wirksamen nationalen und internationalen Kontroll- und Regulierungsmechanismen. Diese sollen auch im ersten Schritt die **Einführung einer Finanztransaktionssteuer** in Europa beinhalten. Die hierbei eingenommenen Mittel werden zweckgebunden zur globalen Armutsminderung, Maßnahmen gegen Klimaerhitzung und zur Schaffung rechtsstaatlicher Strukturen verwendet.



### **Trockenlegen von Steuersümpfen und Verhindern von gefährlichen Spekulationen.**

Geänderte Finanzmarktstrukturen sollen verantwortungslose und zerstörerische **Spekulationen mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen verhindern**. Durch unsaubere Steuerpraktiken entgehen den Entwicklungsländern laut UNCTAD etwa 100 Milliarden US-Dollar jährlich. Um den öffentlichen Haushalten die notwendigen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben zuzuführen, sind Steuerfluchtzentren, sowie das Ausweichen in Niedrig-Steuer-Länder zu unterbinden. Entwicklungs- und Schwellenländer müssen durch internationale Reformen gegen Steuerflucht in die Lage versetzt werden, über **starke Steuersysteme** eigene Ressourcen zu mobilisieren.

### **Nichttragbare Schulden hindern Entwicklung.**

Die Sozialdemokratie tritt für die Einführung eines transparenten, vom Internationalen Währungsfonds unabhängigen und effizienten Verfahrens zur Schuldenregulierung ein. In einem **fairen Schiedsverfahren** soll es die Möglichkeit der Staateninsolvenz geben. Eine Streichung von "odious debts" (eine demokratische Regierung ist nicht zur Bezahlung der Schulden eines diktatorischen Vorgängerregimes verpflichtet), sowie von Phantomschulden (aufgelaufen durch Anstieg des internationalen Zinsniveaus bzw. die mehrfache Verzinsung von Zinsen) soll möglich sein. Im Rahmen des Entschuldungsverfahrens ist sicher zu stellen, dass freiwerdende Mittel für öffentliche **Investitionen zur Arbeitsplatzbeschaffung** sowie für die **Etablierung eines tragfähigen sozialen Netzes** im Sinne einer langfristigen Armutsminderung verwendet werden.

### **Eine gerechte Wirtschaftsordnung mit einem nachhaltigem Handelsregime ist für die Umsetzung des Rechts auf Entwicklung unerlässlich.**

Österreich muss sich vor allem im Rahmen der EU für die Entwicklung eines **sozial und ökologisch nachhaltigen Welthandels** einsetzen. Die europäische Agrarpolitik hat von der bloßen Flächenförderung Abstand zu nehmen und die Umsetzung des Rechts auf Nahrung zu verfolgen. Eine gemeinsame europäische Agrarpolitik braucht Sozial- und Arbeitsrechtskonditionalität um Sozialdumping zu verhindern. Bei Nachhaltigkeitsprüfungen eines Handelsabkommens sind alle relevanten Aspekte der sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Abkommen zu berücksichtigen. Neben Regierungsvertreter\*innen haben auch Parlamente, Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft der betroffenen Länder im Monitoring Prozess eine aktive Rolle zu spielen.

### **Good Governance ist die Grundlage für demokratische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung.**

Österreichs Entwicklungspolitik setzt sich für die Durchsetzung von **Good Governance** und der Menschenrechte in den Ländern des Südens und des Nordens ein und arbeitet daher nur mit jenen Regierungen zusammen, die nachweisbar diese Grundsätze umsetzen. In allen anderen Ländern wird sie nur Programme und Projekte in Zusammenarbeit mit Kräften der Zivilgesellschaft fördern, insbesondere solche, die die Stärkung des demokratischen Bewusstseins und freier Medien, die Organisation der Zivilgesellschaft, dem Agieren von freien Gewerkschaften und die Selbsthilfe gegen soziale Benachteiligung im Sinne des Empowerments zum Ziel haben. Von besonderer Bedeutung ist die Förderung von inklusiven, partizipativen und transparenten Planungs- und Entscheidungsprozessen auf lokaler Ebene.

### **Das Einhalten der sexuellen und reproduktiven Rechte ist der menschenrechtsbasierte Schlüssel für verantwortungsvolles Bevölkerungswachstum.**

Aktuell sterben jährlich etwa 300.000 Frauen an Komplikationen während der Schwangerschaft und Geburt. Die meisten dieser Todesfälle sind vermeidbar. Jede Frau muss frei entscheiden können, ob sie eine Schwangerschaft austragen möchte.

Mangelndes Wissen über und fehlender Zugang zu Verhütungsmitteln für Frauen und Männer, Zwangs- und Kinderheirat, weibliche Genitalverstümmelung, Gewalt und sexualisierte Gewalt gegen Frauen, fehlende Bildung sowie deren niedriger sozialer und ökonomischer Status hindern Frauen an der Wahrnehmung ihrer Rechte. Kann eine **Frau selbstbestimmt und frei von ökonomischen Zwängen den Zeitpunkt und die Anzahl ihrer Schwangerschaften wählen**, wird sie sich in der Regel für weniger Kinder und dies zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden. So werden die Risiken von Schwangerschaften Minderjähriger vermieden und es kann mehr in die Ausbildung der Kinder investiert werden. Aufklärung statt Zwang ist die Devise. Aus sozialdemokratischer Sicht ist die **Wahrung der sexuellen und reproduktiven Rechte** ein Schlüssel für nachhaltige Entwicklung. Eng hiermit verbunden ist ein verbesserter Zugang zu medizinischer Versorgung für Frauen, insbesondere auch durch eine verstärkte Ausbildung von Ärzt\*innen.

### **HIV/Aids, Tuberkulose, Malaria und andere Krankheiten können durch Prävention und Zugang zu Generika eingedämmt werden.**

Um HIV/Aids und andere Krankheiten einzudämmen, sind sowohl Mittel für Aufklärung und Prävention nötig, als auch moderne medizinische Behandlung mit leistbaren Medikamenten. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik setzt sich für die barrierefreie Verwendung von **Generika** ein, die der Gesundheit der Menschen und nicht der Profitmaximierung der Pharmakonzerne dienen. Die Antidiskriminierung und der menschenrechtliche Schutz von Personen mit HIV/Aids sind zentrale Anliegen.

Wir sehen die **Bekämpfung anderer gefährlicher Krankheiten** wie Malaria, Tuberkulose, Bilharziose, Dengue-Fieber, Ebola und der Zika-Virus-Infektion und ähnlichen epidemische Krankheiten als entwicklungspolitische Herausforderung.

### **Gesundheit ist immer noch eine Frage von Reichtum und Armut.**

Die Covid-19 Pandemie hat deutlich vor Augen geführt, wie ungleich der Zugang zu moderner und wirksamer Medizin ist. In den aktuellen globalen Diskursen zu Wirtschafts-, Sozial- oder Gesundheitspolitik werden Stimmen des und aus dem globalen Süden zu wenig gehört. Respektvoller Dialog und Austausch auf Augenhöhe soll dazu führen, dass **Wissens und Technologietransfer** als auch Ergebnisse von Forschung und Wissenschaft allen gleichermaßen zugutekommen. Die Gesundheit aller Menschen muss über den Profitinteressen der Pharmakonzerne stehen. **Medikamente und anderes Produktionswissen müssen als Global Public Good verstanden werden.** Handelsrechtliche Regelungen wie etwa jene zu geistigen Eigentumsrechten (z.B. im Rahmen des TRIPS-Abkommens zu handelsbezogenen Aspekten der geistigen Eigentumsrechte in der WTO) sind dementsprechend neu auszurichten.

Es ist notwendig **internationale Kartellrechts-Abkommen** zu verhandeln um Preisabsprachen und den "Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung" global zu verhindern. Globale Kartelle wie Preisabsprachen, die ausschließlich dem Gewinn ihrer Eigentümer und nicht dem Wohle aller Menschen dienen, sind zu zerschlagen.

### **Inklusive Entwicklung: Auf die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung eingehen.**

Seit der Novelle des EZA Gesetzes 2003 ist die Berücksichtigung von speziellen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen in der OEZA vorgesehen. Bisher ist es

weitgehend bei diesem Bekenntnis geblieben. Wir sind der Meinung, dass durch Pilotprojekte, Erfahrungsaustausch mit anderen Geberländern und einem Good Practice Katalog Initiativen gesetzt werden sollten, um den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung zu entsprechen. Programme und Projekte zur Bekämpfung der Armut sollten gezielt bei den Allerärmsten und Rechtlosen ansetzen. Deren Bedürfnisse müssen **bei der Planung von Projekten mit einbezogen** werden, um eine partizipative Strategie zur Stärkung der grundlegenden Menschenrechte - auf Leben, Nahrung, Gesundheit, Bildung, Mitbestimmung, Gleichheit, Nicht-Diskriminierung etc. – auszuarbeiten.

### **Das Stärken von Bürger\*innenrechten ist Teil der Entwicklungspolitik.**

Seit den Anschlägen des 11. September 2001 wird restriktive Politik, die Bürger\*innenrechte und individuelle Freiheit einschränkt, oft mit Terrorismusbekämpfung begründet. Wir lehnen solcherart begründete Restriktionen ab. Aus Sicht der Sozialdemokratie können Extremismen und Bereitschaft zu terroristischen Aktivitäten nur durch Bildung und Beschäftigungsmöglichkeiten für alle, globalen Wohlstand sowie das **Fördern progressiver Zivilgesellschaften** verhindert werden. Demokratische Strukturen, Gewaltentrennung, Presse- und Meinungsfreiheit, der Schutz der Menschenrechte und der Privatsphäre sind unabdingbare Grundlagen für Frieden und somit Gegenstand der Entwicklungspolitik.

### **Kulturelle Vielfalt ist Teil sozialdemokratischer Entwicklungspolitik.**

Wir betrachten Entwicklung als gesamt menschlichen und gesamtgesellschaftlichen Emanzipationsprozess, der **Kultur in all ihrer Vielfalt** einbezieht. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik fördert den ganzen Menschen, so auch sein kulturelles Tun. Die Bewahrung kulturellen Erbes und der Einsatz kultureller Mittel und Praktiken stärkt das Selbstbewusstsein von Einzelnen und Gesellschaften als Ganzes. In diesem Sinne ist Kulturarbeit in unterschiedlichen Formen ein wichtiger Beitrag für Entwicklung und entspricht der UNESCO Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt.

Im Rahmen der **Auslandskultur** sollten schwerpunktmäßig afrikanische, asiatische oder lateinamerikanische Journalist\*innen, Wissenschaftler\*innen und Künstler\*innen Auftritts- und Kooperationsmöglichkeiten in Österreich erhalten, und nicht umgekehrt.

### **Basierend auf lokalen, facettenreichen und autarken Landwirtschaftssystemen muss Ernährungssouveränität sichergestellt sein.**

**Landgrabbing**, also das Kaufen oder Pachten von Ackerland durch Drittstaaten oder Konzerne mit der Absicht, Produkte für den eigenen Bedarf anzubauen und außer Landes zu bringen, unterminiert die Ernährungssouveränität von Staaten. Es raubt den lokalen Gesellschaften den Ertrag aus eigenen Ressourcen und führt zu Hunger und Abhängigkeit. Die Nutzung von Flächen zur Herstellung von **Agrotreibstoffen** ist klimapolitisch kontraproduktiv. Sie ist verbunden mit Vertreibung und illegitimer Enteignung von einheimischen landwirtschaftlichen Produzent\*innen, entzieht diesen die Lebensgrundlage und hat steigende Nahrungsmittelpreise wie daraus resultierenden Hunger zur Folge. Landgrabbing ebenso wie Produktion von Agrotreibstoffen sind kein Beitrag zur Entwicklung, sondern gefährden Ernährungssicherheit und tragen zur Klimaverschlechterung bei.

**Patentierungen von Lebewesen, Pflanzen, Nahrungsmitteln** und ihren Gensequenzen ebenso wie gentechnisch manipuliertes Saatgut und einzig dazu passende Düngemittel machen Milliarden Menschen von wenigen Konzernen abhängig. Aus sozialdemokratischer Sicht sind solche Praktiken strikt abzulehnen. Ländliche Entwicklung muss die Interessen der kleinen landwirtschaftlichen Produzent\*innen und der Subsistenzbauer\*innen und die Nahrungsmittelversorgung der Länder des globalen Südens im Fokus haben.

Wir bekennen uns klar zur UN-Erklärung der „**Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten**“. Es muss zügig ein Prozess eingeleitet werden, um die in der Erklärung definierten Rechte in der österreichischen Außen- und Landwirtschaftspolitik umzusetzen.

### **Leben unter Wasser ist relevant für das Überleben am Land.**

**Gesunde Ozeane** sind für das menschenwürdige Leben auf der Erde eine unabdingbare Voraussetzung, jeder zweite Atemzug wird mit Sauerstoff aus dem Meer gesättigt. Von besonderer Wichtigkeit ist auch die Fischereipolitik. Etwa vier Milliarden Menschen sind von Eiweiß aus den Meeren abhängig. Fischereiverträge der EU und anderer reicher Länder mit jenen des globalen Südens führen nicht nur dazu, dass die Meere zunehmend leergefischt werden, sondern auch, dass immer mehr Menschen in der handwerklichen Fischerei nicht mehr von ihrem Fang leben können.

**Meeresschutzgebiete müssen daher ausgeweitet werden.** Vom Südpolarmeer bis zum arktischen Ozean muss Fischerei nachhaltig sein und darf nicht auf Kosten von Indigenen und Küstenbewohner\*innen gehen. Deren **Recht auf Nahrung und ordentlich bezahlte Arbeit** muss den Vorrang über die Profitinteressen der internationalen Fischereiindustrie haben, die mit ihren nicht zukunftsfähigen Methoden Meeresböden zerstört, sinnlos viel nahrungsmäßig nicht verwertbaren Beifang produziert und die maritime Biodiversität gefährdet.

Österreich muss sich daher dafür einsetzen, dass die **Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen** streng eingehalten werden und ebenso wichtige internationale Verträge wie etwa das **Port State Measure Agreement** (um illegal gefangenen Fisch nicht mehr auf den Markt zu lassen), die **ILO Konvention 188** (um die Arbeitsbedingungen auf Hoher See zu verbessern) sowie das **Cape Town Agreement** (um die Sicherheitsstandards für die Beschäftigten auf industriellen Fischereifloten zu verbessern) rasch umgesetzt werden. Sklavenähnliche Arbeitsbedingungen müssen ebenso ein Ende haben wie das Überfischen.

Auch in Binnenländern wie Österreich braucht es strenge **Abfallgesetze**, denn vieles von unserem Müll - ganz besonders Plastik - landet letztendlich in den Ozeanen und wirkt sich katastrophal auf das Leben im Meer aus.

### **Zum Schluss: Wir meinen es ernst**

Aus sozialdemokratischer Sicht muss **Entwicklungspolitik ein zentrales Thema in allen Politikbereichen** sein. Schließlich geht es um nichts weniger, als allen acht Milliarden Menschen auf unserem gemeinsamen Planeten ein Leben in Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit zu garantieren, ein Leben, das individuell und kollektiv Perspektiven bietet, wo eine gesunde Umwelt und Ernährung ebenso selbstverständlich sind wie verlässliche soziale Sicherheit und Selbstbestimmung. Dafür braucht es in Politik gegossene Weitsicht, Verantwortungsbewusstsein und internationale Solidarität. Uns Sozialdemokrat\*innen ist eine kohärente Entwicklungspolitik und der multilaterale Dialog auf Augenhöhe ein wirkliches Herzensanliegen, das sich nicht nur in diesem Grundsatzprogramm, sondern in allen unseren Analysen und Politikansätzen widerspiegelt.

Wir geben Antworten auf globale Herausforderungen und laden alle ähnlich Denkenden dazu ein, an diesen Antworten mit uns gemeinsam weiterzuarbeiten.

Letzte Aktualisierung im Mai 2021.

Kontakt: Petra Bayr, SP-Bereichssprecherin für globale Entwicklung:  
[petra.bayr@parlament.gv.at](mailto:petra.bayr@parlament.gv.at)